

## **Gegen die Streichung der Forschungsstelle Hamburg (post-)kolonial**

Das Studierendenparlament hat beschlossen:

### **Petitum:**

Das Studierendenparlament kritisiert die Empfehlung des Wissenschaftsausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft vom 12.07.2024, die Mittel der an der UHH angesiedelten "Forschungsstelle Hamburgs (post-) koloniales Erbe" von jährlich €200.000 auf €75.000 (damit um über 60%) zu kürzen und diese Mittel darüber hinaus nur für zwei statt bisher vier Jahre zu gewähren. Dieser Empfehlung ist nicht zu folgen.

Das Studierendenparlament fordert, dass die Forschungsstelle eine nach ihrem Bedarf finanzierte und eigenständige Organisationseinheit innerhalb der Universität bleibt

Das Studierendenparlament beauftragt sein Präsidium, die Bürgerschaft und den Senat zu informieren und zur Stellungnahme aufzufordern.

Das Präsidium des Studierendenparlamentes versendet zeitgleich an die Bürgerschaft und den Senat diesen Beschluss inklusive der Begründung.

### **Begründung:**

Am 2. Oktober 1904 verkündete Lothar von Trotha, Kommandeur der deutschen "Schutztruppen" in der Kolonie "Deutsch-Südwestafrika" (heutiges Namibia), den berüchtigten "Vernichtungsbefehl" gegen die Bevölkerungsgruppe der Herero. Diese grausame Entscheidung, der bald auch ein Vernichtungskrieg gegen die Gruppe der Nama folgte, leitete den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts ein, bei dem unzählige Menschen (Schätzungen gehen von 50.000 bis 70.000 aus) ihr Leben verloren.

Hamburg hatte als großer Überseehafen engste Verbindungen zur deutschen und europäischen Kolonialherrschaft - es kann zur Jahrhundertwende zurecht als "Kolonialmetropole" bezeichnet werden. Nahezu sämtliche Soldaten sowie Kriegsmaterial für den genozidalen Kolonialkrieg gegen die Herero und Nama wurden über den Hamburger Hafen verschifft. Die Soldaten wurden feierlich und mit "Liebesgaben" des Hamburger Senats verabschiedet und nach ihrem Kriegseinsatz ebenso feierlich empfangen. Die gesamte deutsche Kolonialgeschichte ist geprägt von Gewalt und Unterdrückung, nach wie vor aber nur unzureichend aufgearbeitet und im öffentlichen Bewusstsein verankert. Die Verantwortung, diese Geschichte aufzuarbeiten, liegt nicht nur bei Historiker:innen, sondern in der gesamten Gesellschaft.

Rund um den 120. Jahrestag des blutigen "Vernichtungsbefehls" hat der Hamburger Wissenschaftsausschuss entschieden, die Mittel der "Forschungsstelle Hamburg (post-)koloniales Erbe" erheblich zu kürzen und sie danach in der bisherigen Form zu schließen. Diese Entscheidung, ist ein Schlag gegen die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit deutscher und Hamburgischer Kolonialgeschichte.

Die Forschungsstelle war in den letzten Jahren ein zentraler Ort für die kritische Beschäftigung mit deutscher und Hamburgischer Kolonialgeschichte und deren Auswirkungen auf die Gegenwart. Neben unzähligen Veröffentlichungen, Tagungen und Veranstaltungen (unter reger internationaler Beteiligung) wurde mit der kostenlosen App "Koloniale Orte" ein Medium geschaffen, mit dem Interessierte niedrigschwellig und leicht zugänglich Hamburgs Kolonialgeschichte erkunden können. Die Schließung der Forschungsstelle und die damit verbundene drastische Kürzung der Mittel – von 200.000 Euro jährlich auf 75.000 Euro für lediglich zwei Jahre – stellt einen massiven Rückschritt dar. Die geplante Eingliederung in die Fakultät GeiWi wird zudem nicht durch zusätzliche Mittel unterstützt, was die nachhaltige Forschungsarbeit ernsthaft gefährdet. Es ist damit zu befürchten, dass die Forschung in diesem Bereich nur noch als Nebenaspekt innerhalb anderer akademischer Verpflichtungen betrachtet wird.

Die Argumentation des Senats, dass die Profilinitiative „(Post)koloniale Ordnungen“ eine Verbesserung der Forschung darstellen würde, ist irreführend. Ohne die Zusicherung zusätzlicher finanzieller Mittel wird diese Initiative kaum mehr als eine unverbindliche Vernetzung von Dozent:innen sein, die ohnehin bereits mit anderen Verpflichtungen ausgelastet sind. Es fehlt an einer klaren Strategie und den notwendigen Ressourcen, um eine ernsthafte und umfassende Auseinandersetzung mit kolonialen Strukturen zu gewährleisten.

Bisher gibt es nur eine Empfehlung des Wissenschaftsausschusses, die Mittel der Forschungsstelle zu kürzen. Eine finale Entscheidung der Bürgerschaft steht noch aus. Mit einem solchen finalen Beschluss - mit den aufgezeigten drastischen Konsequenzen - ist möglicherweise bei den Budgetverhandlungen im Dezember 2024 zu rechnen.

Die Universität Hamburg ist aus dem ehemaligen "Kolonialinstitut" hervorgegangen, das im Dienste der blutigen Kolonialherrschaft stand. Gerade im Lichte dieser Verantwortung sollte sich die Universität den Planungen entgegenstellen, die Kolonialforschung in Hamburg derart zu schwächen.